

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

15.1.1921 (No. 12)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung
Straße Nr. 14
Bismarck-
Platz
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. Menck
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P. — Einzelnummer 25 P. — **Kuvertsgebühren:** die 7mal gewaschene Zeitung oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Zuerst keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksa- und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Gottesdienste aus Anlaß der Reichsgründungsfeier.

Am Dienstag, den 18. Januar 1921, finden vormittags aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Gründung des Deutschen Reiches Gottesdienste der einzelnen Konfessionen statt, und zwar in der Schloßkirche (evangelisch) um 10 Uhr, in der katholischen Kirche St. Stephan um 9 1/2 Uhr, in der altkatholischen Kirche um 10 Uhr, in der Synagoge um 10 1/2 Uhr und in der freireligiösen Gemeinde (Vier Jahreszeiten) um 10 Uhr.

Neue Höchstpreise für Süßigkeiten.

Nach Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft sind für Süßigkeiten neue Höchstpreise festgesetzt worden. Infolge des Wegfalls der Verarbeitung von Auslandszucker sind die neuen Preise erheblich niedriger als die bisherigen.

Die Herstellung von Pralinen bedarf künftig nicht mehr der Genehmigung des Reichszuckeramts in jedem einzelnen Fall, sie ist aber nur in solchen Betrieben zulässig, die hierzu die Genehmigung der Kaiserlich-königlichen Pralinenfabrik erhalten haben. Pralinen dürfen ferner nur unter Einhaltung der von der Kaiserlich-königlichen Pralinenfabrik festgesetzten Bedingungen, insbesondere der festgesetzten Richtpreise hergestellt werden.

Der Sommerfahrplan für das Jahr 1921

tritt auf den deutschen Reichseisenbahnen am 1. Juni in Kraft. Die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe beabsichtigt, den Sommerfahrplan zur Beratung des Fahrplanamts in der ersten Hälfte des Monats März einzubringen.

Wegen der Fertigstellung des Fahrplanamts können Änderungen auf Fahrplanänderungen im gegenwärtigen Fahrplanabschnitt nur in besonders begründeten und dringenden Fällen berücksichtigt werden. Weitere Zugleistungen können wegen der bedenklich zurückgegangenen Kohlenvorräte und wegen der ungenügenden Kohlenzufuhren vorerst nicht übernommen, sondern müssen bis zum Inkrafttreten des Sommerfahrplanes zurückgestellt werden. Dies ist auch wegen des immer noch knappen Bestandes an betriebstauglichen Lokomotiven erforderlich.

Die zahlreichen Fahrplanänderungen innerhalb eines Fahrplanabschnittes, wie sie in den letzten Jahren dauernd beantragt worden sind, müssen mit Rücksicht auf die notwendige größere Stetigkeit des Fahrplans künftig vermieden werden. Hierzu zwingen in erster Reihe Gründe der Betriebssicherheit, außerdem sollte das bei den Reisenden eingetretene Gefühl der Unsicherheit infolge der Unbeständigkeit des Fahrplans beseitigt werden. Schließlich darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß durch die zahlreichen Fahrplanänderungen andauernd außerordentlich hohe Aufwendungen für Papier, Druck usw. entstanden sind, die aus wirtschaftlichen Gründen eingeschränkt werden müssen.

Der neue Eisenbahn-Tariff.

Nach dem vom 1. Dezember 1920 ab gültigen neuen deutschen Eisenbahn-Tariff, Teil I, sind wesentliche Änderungen gegenüber den bisherigen Bestimmungen über die Frachtermäßigung für Zuchttiere eingetreten.

Bei der Beförderung von lebenden Tieren wird für Zuchttiere (anstelle der bisherigen 50prozentigen Frachtermäßigung) ohne Unterschied des Alters frachtfreie Rückbeförderung von der Bestimmungsstation des Hinwegs nach der ursprünglichen Versandstation gewährt, wenn die Tiere, zum Zweck der Vorführung bei einer Ausstellung, Föhrung, Tierchau oder Beförderung, die zur Föhrung der Tierzucht von einer Behörde, einem landwirtschaftlichen Verein oder einer Züchtervereinsung veranstaltet war, mit der Eisenbahn befördert werden. Dem Frachtbrief zur Rückbeförderung ist bei der Auflieferung der Tiere der Inhalt des Frachtbriefes sowie der Antrag auf Beförderung der frachtfreien Rückbeförderung nebst einer Bescheinigung des Leiters der Veranstaltungen (Zuchtgenossenschaft, Landwirtschaftlicher Verein, Landwirtschaftskammer) darüber beizufügen, daß die Tiere Zuchttiere sind, die bei der Veranstaltung vorgeführt und weder verkauft, noch verlost oder getötet worden sind. Eine Abstempelung der Bescheinigungen ist nicht mehr vorgeschrieben.

Als Zuchttiere (Pferde, Esel, Maultiere, Schweine, Schafe und Ziegen) werden nur planmäßig gezüchtete Tiere angesehen, die geeignet sind, oder nach erlangter Geschlechtsreife geeignet sein werden, die Rasse (den eigenen Schlag) zu erhalten oder eine Rasse zu verbessern.

Die Tiere sind spätestens eine Woche nach Schluß der Veranstaltung zur Rückbeförderung auszugeben.

Die Bestimmungen über die Gewährung einer Ermäßigung von 30 vom Hundert auf die Fracht für die Hin- und Rückbeförderung bei Weidbetreibern (Pferden, Eseln, Maultieren, Schweinen, Ziegen) haben keine Änderung erfahren. Demgemäß sind zur Erlangung dieser Frachtermäßigung, unter Anwendung des vorgeschriebenen Vordrucks die Bescheinigungen über die wenigstens sechsmonatige Dauer des Weidenganges mit der Unterschrift des Weidbesizers und einem Abdruck des besonderen Stempels, der den Besitzern anerkannter Weidbetreiber zu versehen ist, zu versehen. Für auf Weiden verbrachte Pferde und Eseln wird der Frachtnachschuß auch gewährt, wenn sie nicht zurückgeschickt werden.

Die im Badischen Binnen-Tariff vom 1. Oktober 1908 vorgesehene besondere Vergünstigung der frachtfreien Rückbeförderung nach der Aufgabestation für Zuchtstiere bei der Beförderung nach den Bestimmungsstationen und zurück, für Pferde im Alter bis zu 4 Jahren nach Fohlenweiden und Remontemärkten sind nicht mehr beibehalten worden. Für Pferde, die

nach anerkannten Fohlenweiden befördert werden, gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Frachtermäßigung bei Weidbetreibern und für Pferde, die nach den Remontemärkten befördert wurden und un verkauft hieben, wird die bisherige Vergünstigung der frachtfreien Rückbeförderung auch künftig auf Grund der allgemeinen Bestimmungen gewährt, sofern es sich um Zuchtstiere handelt. Für andere Pferde sowie für Zuchtstiere, die nach den Bestimmungsstationen befördert werden, muß die regelrechte Fracht bezahlt werden.

Für Wandrafschaffherden, die nach Weiden oder von diesen zurück nach der Heimat befördert werden und durch tierpolizeiliche Anordnung auf die Eisenbahn verwiesen sind, werden nach wie vor 70 vom Hundert der Stückfracht berechnet. Diese Bestimmungen finden nach den neuen Vorschriften, auch wenn eine solche Anordnung nicht getroffen ist, Anwendung auf Wandrafschaffherden, falls diese nicht aus fetten Gemälden bestehen und im Betriebe eines Schafzüchters verhandelt werden.

* Die soziale Frage als Wegweiser.

Von den ersten Tagen der Revolution an haben wir den Standpunkt vertreten, daß es für die nächste Zukunft unseres Volkes nicht mehr so sehr auf verfassungsrechtliche Fragen ankomme, sondern daß vor allem die soziale u. in ihrem Zusammenhang natürlich die wirtschaftliche Frage diese Zukunft bestimmen und die ganze Entwicklung unseres Volkes in der nächsten Zeit beherrschen werde. Und so spielt auch heute die soziale Frage in der Parteipolitik die entscheidende Rolle, mag diese Tatsache auch von den Rechtsparteien durch eine noch so eifrige Gefühlspromaganda für andere Dinge verschleiert werden.

Wir haben sonach durchaus Verständnis für das Sehnen der reaktionären Parteien nach der Wiederherstellung der alten Verfassung, nach der Wiederherstellung des alten Systems. Denn, mögen dabei auch sehr bemerkenswerte angeborene oder anerzogene Empfindungen mitsprechen, so ist es doch auch hier letzten Endes das soziale und wirtschaftliche Interesse, das die Haltung beeinflusst: die der Volkspolitiker, die in diesen Parteien politisch organisiert sind, haben sich eben unter dem alten System sozial und wirtschaftlich besser gestanden, sie haben, deutlich emporgehoben aus der Masse des übrigen Volkes, sehr gewichtige Privilegien genossen und können sich zurecht noch nicht an einen Zustand gewöhnen, der grundsätzlich von der rechtlichen und sozial-moralischen Gleichberechtigung aller Schichten des Volkes ausgeht.

Und wenn auch „Deutschnationale“ und Deutsche (liberale) Volkspartei sich die größte Mühe geben, um Arbeiter und Angestellte für sich zu gewinnen, so zeigt sich doch, wenn es hart auf hart kommt, immer wieder, daß es nicht die Interessen dieser Schichten sind, die von den beiden reaktionären Parteien vertreten werden, sondern die Interessen der Großkapitalisten, der Großindustriellen, der Großagrarien und all derer sonst, die früher ein besonderes Privilegium genossen und auf dieses Vorrecht verzichteten mußten. Beamte, Angestellte und Arbeiter, die diesen Parteien nachlaufen, tun das entgegen ihren eigenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen; und wenn sie es dennoch tun, so geschieht es aus mehr gefühlsmäßigen Gründen, aus Verärgerung oder aus politischer Unerschaffenheit heraus.

Die wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten Jahre hat bewiesen, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter, ja eigentlich auch die mittleren und kleinen Bauern in wesentlichen dieselben Interessen zu vertreten haben, u. daß der Kampf, den diese beinahe 90 Proz. unserer Bevölkerung ausmachenden Schichten gegen die Übermacht des Kapitals u. sonstiger angemachter Bevorrückungen zu führen haben, mit Naturnotwendigkeit zu einer Einheitsfront führen muß, wenn man als Sieger aus dem Kampf hervorgehen will. Eine Niederlage wäre gleichbedeutend mit der sozialen und wirtschaftlichen Unterwerfung von 90 Prozent unseres Volkes unter das auf der Macht des großen Gelds begründete Herrschaftsgebote der besitzenden, der großkapitalistischen Klassen.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen allerdings die soziale und wirtschaftliche Frage zum Wegweiser für alle Parteien und für alle Mitglieder der einzelnen Parteien wird. Diese soziale Frage wird allmählich eine jede Partei zwingen, offen Farbe zu bekennen und offen zu erklären, ob sie für den sozialen Ausgleich und die soziale Gerechtigkeit oder ob sie für soziale und wirtschaftliche Vorrechte eintreten. Und gut sind die Parteien daran, die sich heute schon auf ein ganz bestimmtes soziales

Programm und demgemäß auf ganz bestimmte Volksschichten stützen können.

Wenn man sich diese Gedankengänge vor Augen hält, wird man besser verstehen lernen, was der aus dem Arbeiterberuf hervorgegangene Zentrumsführer und preussische Wohlfahrtsminister Stegerwald eigentlich will. Und wenn es trotzdem noch jemanden geben sollte, der sich über die Absichten und Grundanschauungen Stegerwalds nicht im klaren ist, der wird durch den Verkauf des rheinischen Parteitag der Zentrumsparterie hinreichend belehrt werden.

Auf diesem Parteitag, der am 11. und 12. Januar in Köln stattfand, sind die Ideen Stegerwalds ebenso ausgiebig, wie offenherzig erörtert worden. Und dabei hat der Gewerkschaftssekretär Kaiser das gekennzeichnet, was zweifellos als der Angelpunkt des ganzen Parteiproblems für das Zentrum zu gelten hat; und zwar ist das die Frage, ob das Bürgertum der alten Stände ehrlich bereit ist, gemeinsam mit Arbeitern, Angestellten und Beamten der den Klassenkampf ablehnenden (also nicht sozialistischen) Richtung politische Arbeit zu leisten. Kaiser fuhr dann fort: „Nur wenn diese Frage bejaht wird, kann wirklich die Ausartung der Politik in reinen Klassenkampf vermieden werden. Dazu aber ist nötig, daß die bestehenden Schichten Opfer bringen; nur ein Schelm kann heute noch dem furchtbaren Weltgeschehen des Krieges noch das sittliche Recht für sich in Anspruch nehmen, so gemühtlich zu leben, wie vor dem Kriege. Die Zentrumspolitik der letzten Jahre war bemüht, den goldenen Mittelweg in allen Fährnissen der Zeit zu finden. Wir danken ihr das in aller Aufrichtigkeit, aber das genügt uns nicht; wir erwarten und fordern von ihr ein kühneres Anpacken aller Probleme im Geiste lebenspraktischen Christentums. Die Partei muß auch aus höheren Bedürfnissen heraus bereit sein, über sich selbst hinauszutreten und nach dem Vorbilde der Gewerkschaften beide Konfessionen brüderlich zu vereinen.“

Deutlich und eindeutig hat der offizielle Führer der Partei, Dr. Trimborn, in der Debatte Kaisers Frage mit einem „Ja“ und reinen Ja ohne jedwede Nebenbedingungen beantwortet, gleichzeitig allerdings bemerkt, daß selbstverständlich die „neuen Stände“ von denen Kaiser gesprochen habe, auch auf die übrigen Volksschichten die gebührende Rücksicht nehmen müßten.

Auf diese „gebührende Rücksicht“ wird es natürlich in der Praxis in allererster Linie ankommen. Daß eine solche Rücksicht zu nehmen ist, wird kein Vernünftiger, dem das Wohl des ganzen Vaterlandes am Herzen liegt, bestreiten. Gebührende Rücksicht auf die Besizenden und Unterwerfung unter ihr Machtgebote sind aber zwei verschiedene Dinge, und es ist erfreulich, daß auch Trimborn, der sich noch einige Tage zuvor in Essen mit seiner Rede den Dank der reaktionären Parteien erwarb, jetzt Kaisers Frage mit einem „Ja“ beantwortet und auch im übrigen seine weitgehende Zustimmung zu der Rede Stegerwalds erklärt hat.

In dem gleichen Zusammenhang verdient hervorgehoben zu werden, daß dieser Tage bei einer Feier, die die Mannheimer Zentrumsparterie anläßlich ihres 50jährigen Bestehens veranstaltete, der katholische Geistliche Dr. Berger vom katholischen Volksverein in München-Gladbach Erklärungen abgegeben hat, die sich mit den Grundgedanken Stegerwalds und mit den beherrschenden Grundgedanken des neuen sozialen Staates eng berühren.

Nach den Zeitungsberichten erinnerte Berger zunächst an ein Wort des Sozialdemokraten Ludwig Frank: „Die Gegner müssen miteinander reden und sich ehrlich in die Augen sehen, da ist heillos viel zu lernen“. Der Anfang sei mit den Betriebsräten gemacht, eine Fortentwicklung in diesem Sinne sei zu erhoffen. Es müsse die Aufgabe angetreten werden, zu erreichen, daß nur die Arbeit, nicht aber das Kapital, kapitalbildende Kraft besitze. Die individuelle Gesellschaft sei im Zerfallen, die Gruppen-gesellschaft marschiere heran. Die Arbeit des Menschen müsse über dem toten Kapital stehen, die Abgrenzung zwischen dem Privat- und Gemeineigentum überlasse man dem Staat. Von einer Sozialisierung könne nur dann die Rede sein, wenn es im Interesse des Volksganzen (nicht einer Klasse) gelegen sei, die Güterverteilung gesichert und die Mißstände beseitigt würden. Im Bergbau sei eine zweckmäßige ein-

richtete Sozialisierung sicher am Platze. Der Zweck des Staates sei nicht die Glückseligmachung des einzelnen, sondern die Förderung des Gesamtwohles, oder pädagogisch betrachtet, die Verbesserung und Vervollkommnung der Volkslagen.

Es ist innerpolitisch von hoher Bedeutung, zu sehen, wie die Gedankengänge Stegerwalds in den Massen der Wählerchaft seiner Partei Boden fassen. Für den neuen Staat hat die in sozialer Hinsicht erfreuliche und durch aus volkstümliche Formulierung jener Gedankengänge, wie sie in Köln und Mannheim an den Tag getreten ist, einen nicht zu unterschätzenden Wert. Sie wird jedenfalls die Zusammenarbeit mit den Deutschdemokraten und mit den Sozialdemokraten wesentlich erleichtern.

Doch sie den großkapitalistisch orientierten Mitgliedern der Zentrumspartei nicht zufügen wird, hat schon die Rede des Abg. Kloeckner auf dem rheinischen Zentrumsparteitag bewiesen. Das muß eben in den Kauf genommen werden. Die soziale Frage ist nun einmal der Wegweiser. Und man muß sich, sowie man bei diesem Wegweiser angekommen ist, entscheiden, ob man nach links oder nach rechts gehen will. Bei alledem kann man sich natürlich seine eigene Meinung über verfassungsrechtliche Dinge, über Fragen der Außenpolitik und der Befundung nationaler Gefühle noch immer vorbehalten.

Der große Krach.

Was mit tödlicher Sicherheit erwartet werden konnte, ist jetzt Ereignis geworden. Die beiden großen Weltwirtschaftszentren, England wie die Nordamerikanische Union, befinden sich in einer Wirtschaftskrise, wie sie schlimmer kaum in den Ländern der besiegten Völker herrscht, nur daß hier die Krise vornehmlich durch die künstlichen Mittel des Siegers herbeigeführt ist, während sie in den siegreichen Staaten eine ganz natürliche Ursache hat. Diese Weltwirtschaftskrise würdigt Dr. Alfred Karl in der „Voss. Zig.“ in folgenden beachtenswerten Darlegungen:

Während des Krieges wurden möglichst alle Industrien der kämpfenden Staaten und teilweise auch die der neutralen Länder auf Kriegsnötigkeiten eingestellt. Es wurde vornehmlich für den unproduktiven Massenverbrauch der Millionenheere gearbeitet. Und nicht nur die bei Kriegsausbruch vorhandenen Industrieanlagen dienten den Zwecken des Krieges, sondern die Fabriken schlossen während des Krieges allenthalben wie Pilze aus dem Boden, so daß in fast allen am Weltkrieg unmittelbar oder mittelbar beteiligten Ländern die Industrie hypertrophische Formen bekam. Mit dem Ende des Krieges hörte das gute Geschäft nicht auf, denn nun galt es, den so lange mehr oder weniger stark vernachlässigten Lebensnotwendigkeiten der Völker Rechnung zu tragen und die von Gebrauchsgütern aller Art entblößten Läger wieder aufzufüllen. Mit fabelhafter Hingabe und Geschwindigkeit wurden die Industrien auf den Friedensbedarf umgestellt und alle die tausenderlei Dinge fabriziert, die die Kulturmenschenheit wie die weniger zivilisierten Völker während der Kriegsjahre „um des höheren Zweckes willen“ hatten entbehren müssen. Überall in der Welt herrschte ein ungeheurer Warenhunger, so daß die Hochkonjunktur des Krieges durch eine Hochkonjunktur des Friedens abgelöst wurde.

Die Konjunktur natürlich nicht von Dauer sein. Denn da schon die Industrien bis zum Kriege vollausgenutzt den Weltbedarf an Waren zu decken, mußte ihre Vergrößerung, die, wie gesagt, in vielen Ländern abnormen Charakter angenommen hatte über kurz oder lang eine Überproduktion an Waren und damit die Krise zur Folge haben. Denn mit der Vergrößerung der Industrien war nicht auch eine Vergrößerung der Absatzgebiete verbunden, vielmehr fielen das besiegte Mitteleuropa und Rußland aus. Eingeführt wurde bei uns nur das Notwendigste an Rohstoffen und Lebensmitteln, während der sinkende Marktwert die Ausfuhr der Waren ungemein begünstigte, so daß im Ausland sich mit den dort erzeugten Gütern auch die ausgeführten deutschen Waren anhäufelten.

Nun kommen die Alarmnachrichten über den Ozean und über den Kanal. Die englischen Häfen sind mit Waren verstopft, die amerikanischen Läger sind überfüllt, die Preise für die Warenmengen nicht abzugeben sind, Schiffe liegen ohne Hoffnung auf Ladung im Hafen, die englischen Werften bekommen Abbestellungen, Ford hat seine Automobilfabrik, die etwa 2500 Wagen täglich herstellt, auf drei Monate geschlossen, andere amerikanische und englische Industriewerke haben die Arbeitszeit eingeschränkt, die Löhne werden abgelaut, die Rohstoffpreise fallen, Baumwolle, Gummi, Wolle, Häute usw. sind in Unmengen auf den ausländischen Stapelplätzen vorhanden, ohne Aussicht der Verarbeitung zugeführt zu werden. Kurz, der große Krach ist da, und die gestern noch so betriebenen Geschäftemacher laufen heute mit verführten Gesichtern herum.

Die Regierungen sollen helfen (es ist genau so, wie bei uns). Mit irgendwelchen Regelungen und Maßnahmen am Innern, mit Quacksalbermitteln ist nicht getan. Helfen kann lediglich eine Erschließung neuer Absatzgebiete. Man weiß jenseits des Kanals wie jenseits des Ozeans, daß bei uns Mittel- und Ost-Europa nach Warenhunger und vor allem Rohstoffhunger herrscht. Aber wir können diesen Hunger nicht befriedigen, denn unser Geld hat keine Kaufkraft. Mit Schreden sehen die Geschäftspatzen des Auslandes, daß sie in Deutschland nicht nur einen Konkurrenten los geworden sind, sondern auch einen guten Kunden verloren haben. Sie ernten, was sie in Versailles gesät haben.

Den Völkern, die sich in einer schweren Wirtschaftskrise befinden, können die Länder nicht helfen, die sich, wie wir Deutschen, in einer schier trostlosen Finanzkrise befinden. In dieser Erkenntnis hat die milliardenschwere Wallstreet in New-York von der amerikanischen Regierung verlangt, sie möge Deutschland aus dem Valutaesend heraus helfen, um auf diese Weise auch Amerika zu helfen. Mit anderen Worten: wenn Deutschland die amerikanischen Waren nicht in Markt bezahlen kann, soll es sie mit geliehenen Dollars kaufen oder sie wenigstens in Dollars kreditiert erhalten. Herr Harding hat fürs erste abgewinkt: wie die Wallstreet ihre Geschäfte mit Deutschland in Fluß bringt, ist ihre Sache. Aber das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit gewiß noch nicht gesprochen. Die Notwendigkeit einer internationalen Kreditation zur Behebung des mitteleuropäischen Finanzelends ist so offensichtlich, daß die wirtschaftlichen Machthaber in den von der Abfahrtsrie befallenen Ententestaaten die politischen Machthaber schließlich doch dazu zwingen werden. Während Krassin in London seinen Handelsvertrag bisher wie Sauerbier anbot, sind seine Chancen durch den großen Krach erheblich gebessert worden. England braucht Rußland als Absatzgebiet ebenso nötig, wie Rußland nach der Ruinierung seiner ohnehin nicht bedeutenden Industrie auf den Bezug fast aller Produktionsmittel

und Gebrauchsgüter aus dem Auslande, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen hauptsächlich aus England, angewiesen ist.

Das starke Fallen der Weltmarktpreise würde in normaler Zeit die Preisbildung im Inland zweifellos beeinflussen, und es wird vielleicht auch in dieser Zeit des wirtschaftlichen Ausnahmezustandes auf den Inlandmarkt nicht ohne Rückwirkung bleiben; namentlich bei Textilwaren und Lederfabrikaten sind Preisrückgänge nicht unwahrscheinlich. Die Preisgestaltung hängt aber letzten Endes von der Entwicklung des Marktwertes ab. Sinkt unter dem Eindruck der neuen Milliardenbelastung des Reiches der ohnehin sehr niedrige Marktwert von neuem, so nützen uns unter Umständen die Preisstürze im Ausland sehr wenig, denn ihre Wirkung würde für uns dann durch die weitere Entwertung der Mark abgezwängt oder gar aufgehoben werden. Nun kann zwar die bereits erwähnte große amerikanische, englische oder internationale Kreditation, falls sie Wirklichkeit werden sollte, uns die Finanzierung unseres Imports ermöglichen und den Marktwert festigen, aber über eines müssen sich die ausländischen Geldgeber klar sein: dem deutschen Volk ist nicht an Krediten gelegen, mit denen es im Ausland überflüssige Hinterlassenschaften kaufen soll, sondern es braucht lediglich Rohstoffe und Lebensmittel. Letztere, weil die deutsche Produktion zur Ernährung des deutschen Volkes nicht ausreicht, erstere, damit es mindestens die zur Deckung der Lebensmittelaufnahme nötigen Schwere schaffen kann. Alle Kredithilfen müssen vergeblich sein, wenn sie nicht dazu dienen, dem deutschen Volke die Möglichkeit einer aktiven Gestaltung seiner Handelsbilanz zu geben, das heißt, es in die Lage zu versetzen, mehr auszuführen als einzuführen. Ob alle Milliardenkredite nicht schließlich verlorenes Geld sind, solange das besiegte Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles an der freien Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte zum eigenen Nutzen und zugleich zum Nutzen der bisher so kurzschüssigen Sieger gehindert wird, das mögen sich die um den Absatz ihrer Völker ängstlich besorgten Regierungen der Union und Englands gründlich überlegen. Und nach dem augenweifelhaften Ergebnis ihrer Überlegung handeln. Denn darauf kommt es an, soll die Krise nicht zur Katastrophe werden.

Politische Neuigkeiten.

Zur Beamtenbewegung.

Die Vertreter der Länder haben über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen berichtet. Sie haben, wie aus Berlin gemeldet wird, gegen die in diesen Verhandlungen getroffene Vorrede, die für die Länder von schwerwiegenden Folgen begleitet ist, ernste Bedenken. Wenn sie gleichwohl bereit sind, ihr zugestimmen, dann geschieht dies unter folgenden Bedingungen: 1. Die durch die bisherige Vereinbarung veranlaßte Mehrbelastung ist eine Obergrenze, über die unter keinen Umständen hinausgegangen werden darf. 2. Die Deckung der durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge dem Reiche, den Ländern und Gemeinden erwachsenden Ausgaben erfolgt durch den Ertrag neuer Steuern und sonstiger neuer Einnahmen. Diese Steuern und Einnahmen sind im gleichen Maße festzulegen, durch das die Ausgaben bemittelt werden. Bis zum Fischen der neuen Einnahmen sind die den Ländern und Gemeinden durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge erwachsenden Ausgaben durch das Reich zu erstatten.

Das Kabinett beriet gestern über die Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches, nachdem im Laufe des Tages Besprechungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter beim Reichskanzler stattgefunden hatten. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter der Regierungsparteien teil. Man einigte sich schließlich auf folgende Erhöhung, für die auch die Zustimmung des Reichstages zu erwarten ist: Für die Reichsbeamten sollen die Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschläge erhöht werden: In Ortsklasse A auf 70 Prozent, in Ortsklasse B auf 67 Prozent, in Ortsklasse C auf 65 Prozent, in D auf 60 und in E auf 55 Prozent. Für die Reichsarbeiter soll der Teuerungszuschlag für die Stunde erhöht werden: In Ortsklasse A um 40 Pf., in B um 50 Pf., in C um 40 Pf., in D um 30 Pf., in E um 20 Pf. Die entsprechende Gesetzesvorlage wird den gesetzgebenden Körperschaften sofort zugehen.

Ein Warnruf der Reichsregierung.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris übermittelte der Reichsministerkonferenz folgende Note, die gleichzeitig auch den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist:

„Die deutsche Regierung hat durch ihre Botschafter auf die Gefahren hinweisen lassen, die sich für das oberösterreichische Abstimmungsgebiet aus militärischen Anordnungen ergeben können, die seitens der polnischen Regierung auf polnischen Boden getroffen worden sind und noch getroffen werden.“

Sie ist des weiteren in dem Bestreben, eine Fülle urkundlichen Materials gelangt, aus dem mit Deutlichkeit hervorgeht, in welcher umfangreicher Weise von gewissen polnischen Kreisen auch auf oberösterreichischem Boden selbst die militärische Organisation weiter ausgebaut worden ist, auf deren Vorhandensein die deutsche Regierung schon bei Gelegenheit des August- und Septembervertrages hingewiesen hat.

Die anliegende Aufzeichnung enthält eine zusammenhängende Darstellung hierüber, die sich auf das als Anlage beigefügte Material stützt. Dieses selbst ist einwandfrei und wird durch die beigegebenen Photographien belegt.

Die deutsche Regierung hält sich für verpflichtet, rechtzeitig auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Frieden in Oberschlesien von dieser Seite drohen. Sie tut dies im jetzigen Augenblick, um mit Hilfe der alliierten Regierungen wenn möglich noch den Ausbruch eines erneuten Aufstandes im Abstimmungsgebiet zu verhindern, der nach allen vorliegenden Nachrichten für Mitte des Monats Januar geplant zu sein scheint. Sie hält es für ihre Pflicht, in letzter Stunde vorzuzahlen zu warnen, die eine dem Friedensvertrag entsprechende Abstimmung verhindern und erneutes namenloses Unheil über das bereits über alles Maß vom polnischen Terror gequälte Land bringen würden. Es ist an der Zeit, den Terror zu beseitigen und unter allen Umständen dem zu steuern, daß er durch noch schlimmeren, den Bürgerkrieg, ersetzt werde.

Der Note ist zunächst eine Aufzeichnung über die polnischen Militärorganisationen (P.O.W.) in Oberschlesien und ihre Tätigkeit bei dem Aufstand im August und September 1920 beigegeben. Sie weist darauf hin, daß bereits Ende September 1920 die Polen einen neuen Aufstand in Oberschlesien geplant und ihre Vorbereitungen hierfür beendet hatten. Ihr Hauptaugenmerk richteten die Polen jetzt dieser Zeit darauf, die Organisation der P.O.W. auf polnischem Boden noch strenger und einheitlicher zu gestalten, in ihr die für die Besetzung Oberschlesiens notwendigen Formationen bereitzustellen, ihre Mitglieder im Gebrauch der Kampfmittel und in der Durchführung der ihnen zugewiesenen Aufgaben auszubilden, sowie die Verteilung der Waffen durchzuführen und deren Verteilung zu regeln. Der weitere Ausbau der Organi-

stationen auf rein militärischer Grundlage erfolgt nach den Weisungen des polnischen Kriegsministeriums in Warschau im Einvernehmen mit dem Oberkommando der polnischen Armee. Zum Beweise dafür liegen der Deutschschrift Abschriften mehrerer Geheimbefehle des Kommandos für militärische Angelegenheiten in Oberschlesien, das in Warschau seinen Sitz hat, bei. Zur Erteilung von Instruktionen ist, was ebenfalls aus den Geheimbefehlen hervorgeht, ein höherer polnischer Offizier vom Kriegsministerium nach Sosnowice zum dortigen Stab der P.O.W. entsendet. Ganz in Hand damit ging die Zusammenfassung des in Oberschlesien selbst verteilten Gatter-Soldaten in Gatter-Regimenten. Um beim Beginn des Aufstandes oder beim Eintreffen der Stimmberechtigten aus dem Reiche die Brücken und Bahnhöfen sachgemäß sprengen zu können, wurden innerhalb der P. O. W. technische Formationen aufgestellt. Technisch vorgebildete Offiziere wurden aus Polen in das Abstimmungsgebiet entsandt und auf die einzelnen Hauptformationen der P. O. W. verteilt. In den hierauf bezüglichen Befehlen, die in deutschem Besitz sind, ist die Absicht der Sprengung von Brücken und Bahnhöfen klar ausgesprochen. Das hierfür notwendige technische Material wird durch die Warschauer Leitung überwiesen. Im Monat November fanden in Sosnowice und Umgebung fortlaufend Kampfkurse statt. Die Teilnehmer begaben sich geschlossen von Oberschlesien nach Sosnowice, erhielten neben freier Verpflegung täglich 50 M. und lernten nach Beendigung des Kursus mit Waffen versehen nach Oberschlesien zurück. Nach Weisungen der Warschauer Zentralstelle, die als Anlage 26 der Note beigelegt, sollte der letzte Referatstag am 3. Januar 1921 stattfinden.

Innerhalb der Bezirke in Oberschlesien wurde die Aufstellung der Stütztruppe (Bojowolka) fortgesetzt. Ende September bestanden im Bezirk Beuthen neben 18 vollen Kompanien der P.O.W. bereits 8 solche Stütztruppen. Die Bewaffnung und die Bereitstellung von Waffen wurden mit größtem Nachdruck betrieben; auch sie wurde von dem Kommando für militärische Angelegenheiten in Oberschlesien von Warschau aus geleitet. Im Laufe des Monats September haben alle diese Maßnahmen und Vorbereitungen noch eine wesentliche Steigerung erfahren. Der Grenzverkehr der zur Ausbildung nach Sosnowice rückenden polnischen Truppen nahm einen ungeahnten Umfang an. In den letzten Wochen zeigen sich die Polen im Abstimmungsgebiet wieder öffentlich mit ihren Waffen auf den Straßen. Überall wird von polnischer Seite öffentlich von dem nahe bevorstehenden neuen Kampf gesprochen. Der Beginn des Aufstandes ist wahrscheinlich im Anschluß an einen beabsichtigten Generalaufstand im März festgesetzt worden. In diesem Zusammenhang weist die deutsche Aufzeichnung besonders auf die „Taina-Bojowolka“ hin. Dies ist eine militärisch organisierte Bande der zweifelsvollsten Elemente, die ihren Sitz in der Draught-Kaserne in Sosnowice hat. Ihre Mitglieder bestehen aus oberösterreichischem Gefolge, das, vielfach von der Staatsanwaltschaft gesucht, aus Oberschlesien geflohen ist. Ihre Tätigkeit besteht in der Ausübung von Morden und Raubüberfällen in Oberschlesien, die sie bei der Nähe und Unbewachtheit der Grenze gefahrlos ausführen können. Ihre Verbrechen begibt diese Bojowolka ausschließlich an Deutschen. Ihre Mitglieder erhalten für die Beteiligung unbeanerkannter Verbrechen und überhaupt solcher, die den Polen im Wege sind, erhebliche Prämien. Seit Mitte Dezember zeigen sich bewaffnete Truppen dieser Verbrechenbanden fast in allen Städten des Abstimmungsgebietes.

Als Beweismaterial sind der Note Abschriften der von den verschiedenen polnischen Kommandobehörden erlassenen Geheimbefehle sowie Kopien von Meldungen u. dergl. beigegeben.

Der Sparparkeits-Kommissar.

Wie bekannt, ist vor ungefähr einem Vierteljahr der Präsident des Reichsfinanzamts Unterweser Dr. Carl nach Berlin berufen worden, um als eine Art Finanzinspektor, insbesondere durch Verwaltungsreformen, Ersparnisse zu erzielen. Dr. Carl hat, nach einem Bericht der „V. P.“, ein sehr weitgehendes Programm ausgearbeitet und der Reichsregierung unterbreitet. In diesem Programm dürfte auch die Zusammenlegung von Ministerien, die heute vielleicht demutet aber unbewußt gegeneinander arbeiten und die Verwaltung behindern oder verteuern, vorgezogen sein, denn durch keine Ersparnisse, die an einzelnen Stellen besonders gemacht werden könnten, ohne daß die Verwaltung im ganzen reformiert zu werden brauchte, würde der Zweck der Aktion Dr. Carls nicht erreicht werden können. Nun hat auch der Reichsrat verlangt, daß ihm die Vorschläge Dr. Carls unterbreitet werden sollen. Im Reichskabinett sollen vor ungefähr einem Monat gewisse Bedenken gegen die Reformpläne Dr. Carls, insbesondere vom Reichsminister des Innern, dessen Ressort in erster Linie betroffen sein würde, erhoben worden sein. Ein Gegensatz zwischen dem Reichskabinett als solchem und den Vertretern der Länder im Reichstag besteht jedoch nicht. Daß es so lange gedauert hat, bis Dr. Carls Vorschläge in Erwägung gezogen wurden, ist vor allem dadurch zu erklären, daß die Regierung in den letzten Wochen und Monaten mit politischen Schwierigkeiten aller Art und zuletzt noch mit der Sorge um die Beamten- und Eisenbahnerbewegung alle Hände voll zu tun hatte.

Die Rhein-Tonnage für Frankreich.

Durch den Schiedsspruch, den der Amerikaner Symes in der Frage des auf Grund des Artikels 357 des Friedensvertrages über das auf Frankreich abzuliefernde Rheinabfahrtsmaterial gefällt hat, erhält Frankreich, wie die Frankf. Zig. schreibt, Werte, die auf eine halbe Milliarde Goldmark zu beziffern sind. So gewaltig diese Summe ist, die Forderungen der Franzosen gingen darüber noch weit hinaus. Deutschland hat 110 000 Tonnen Rahmraum und 7800 Pferdestärken angeboten. Gefordert wurden an Rahmraum allein 828 000 Tonnen; an Schleppkräften 65 500 Pferdestärken. Frankreich verlangte ferner nicht nur die Majorität bei Fendel, sondern auch bei der Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft, bei der Rheinischen Rheinschiffahrtsgesellschaft, bei der Firma Raab, bei den Vereinigten Frankfurter Reedereien und sie forderten die ganze Flotte von Stinnes. In Rotterdam verlangten die Franzosen noch die Einrichtungen der Gesellschaft W. O. Mayer, einen Teil des Gesellschaftskapitals der Handels- und Transportgesellschaft Sullan und einen Teil der deutschen Anteile an dem Expeditionskontor in Rotterdam. Nach dem Friedensvertrag konnte man sehr zweifelhaft sein, ob es zulässig war, zu gleicher Zeit die Abtretung der Tonnage und den Gesellschaftsanteile zu verlangen. Der Schiedsrichter hat diese Frage bejaht; er hat gleichzeitig die andere Streitfrage, ob die Röhne hypothekentfrei abzutreten seien, bejaht.

Der militärische Wahnsinn Ludendorffs

General Ludendorff hat einem Vertreter des brasilianischen Blattes „Correio da Manha“ folgendes gesagt: „Der Feldmarschall und ich wollten bis zur gänzlichen Erschöpfung unserer Widerstandskraft kämpfen. Die Welt weiß, warum unsere Armee nicht ihre Pflicht bis zum Ende erfüllen konnte, wie die Franzosen nach Sedan. Ich sage nicht, daß die Verlängerung unseres Widerstandes uns den Sieg gebracht

hätte. Aber die Moral unserer Feinde, sowohl der Krone wie der Heimat, stand auch nicht so hoch, daß der Verband aus einem Gewaltfrieden hätte distanzieren können, wenn wir nach einem Winter durchgehalten hätten."

Wir glauben, so schreibt dazu der "Volkstreu", es diesem verblichenen Vertreter des engstirnigen Militarismus, daß er bereit gewesen wäre, das Leben von weiteren Hunderttausenden anderer Menschen strapellos zu opfern. Was lag ihm daran, wenn die Waffen an der Front abgeschlachtet wurden, in der Heimat Hunderttausende zugrunde gingen.

Ludendorff und die Entente.

Nach einer Meldung des "Daily Telegraph" soll Ludendorff den Regierungen von London und Paris eine Denkschrift zur gewaltsamen Vernichtung des Bolschewismus unterbreitet haben. Diese Meldung wurde von Ludendorff selbst in aller Schärfe dementiert. Dennoch liegen die Ludendorff-offiziösen Erklärungen, mit denen dieses Dementi umkleidet war, erkennen, daß eine derartige Denkschrift in irgend einer Form tatsächlich bekannt haben muß. Dieser rätselhafte Sachverhalt findet heute eine eigentümliche Klärung. Herr Henrich Rehsberg erzählt nämlich die "München-Augsburger Abendzeitung" unter dem Hinweis, daß es persönlich mit der Angelegenheit befaßt sei, um die Veröffentlichung folgender Erklärung:

Von Vertretern der Entente war mir gegenüber wiederholt der Wunsch geäußert worden, die militärisch-männlichen Ansichten des Generals Ludendorff über die aus dem Osten drohende Gefahr eingehend kennen zu lernen. Ich habe daraufhin mit General Ludendorff die militärische Lage in Europa nach sachmännlichen Gesichtspunkten durchgesprochen, das Resultat dieser Besprechung niederschreiben und General Ludendorff hat mir auf meinen Wunsch schriftlich bestätigt, daß die von mir am 8. Dezember 1920 verfaßte und gezeichnete Denkschrift seinen Ansichten entspricht. Ich habe die Denkschrift dann an die Entente weitergegeben. Die Verantwortung dafür übernehme ich vollkommen und allein. Ich tue das um so lieber, als die Denkschrift nach unabweisbaren Nachrichten zum mindesten in England für Deutschland günstig gewirkt hat. Die Denkschrift ist ein rein militärisches Gutachten und sachlich unangreifbar. General Ludendorff bezweifelt aber, daß es bei der Uneinigkeit der Kulturnationen und infolge der Spaltungen innerhalb des deutschen Volkes möglich sein werde, noch rechtzeitig irgend welche Maßnahmen gegen den Bolschewismus zu treffen. Es scheint das um so schwerer, als die Bedrückung Deutschlands immer noch andauert. Der General Ludendorff sieht daher die Lage Deutschlands und Europas als sehr ernst an."

Die "Frankfurter Zeitung" bemerkt hierzu: "Diese Darstellung der nächstbeteiligten Persönlichkeit wirft ein merkwürdiges Licht auf die Wahrhaftigkeit des gestern im Auftrag Ludendorffs veröffentlichten Dementis. Da hieß es nämlich wörtlich:

Wie wir von General Ludendorff persönlich erfahren, ist kein wahres Wort daran, daß der General mit einer Denkschrift über überhaupt einer Meinungsäußerung in dieser Frage an die fremden Regierungen getreten sei."

Run stellt sich heraus, daß Ludendorff die Denkschrift zwar nicht mit eigener Hand geschrieben, sondern von seinem früheren Ordnanungsleiter hat schreiben lassen und durch seine Unterschrift sich zu eigen gemacht hat. Er hat natürlich auch gemerkt, daß die Denkschrift für "Vertreter der Entente" bestimmt war; für die Privatbelehrung des Herrn Rehsberg wäre ein solcher Aufwand an Formalitäten wohl nicht erforderlich gewesen. Also bleibt wohl als einziges Körnchen Wahrheit in Ludendorffs Dementi die Feststellung, daß seine Denkschrift nicht unmittelbar den fremden Regierungen, sondern den Vertretern der Entente übergeben wurde. Um diesen Unterschied würdigen zu können, sollte der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt werden, um welche Vertreter der Entente es sich gehandelt hat. Vor allem wäre es unferm Empfinden nach General Ludendorffs seinem Rufe jetzt schuldig, jene Denkschrift ohne weitere Verzögerung der deutschen Öffentlichkeit zu übergeben."

Peret mit der Regierungsbildung beauftragt.

Präsident Millerand hat, wie aus Paris berichtet wird, Peret beauftragt, die neue Regierung zu bilden. Peret hat grundsätzlich angenommen und wollte seine endgültige Antwort im Laufe des gestrigen Abends geben.

Anschlußkundgebungen in Wien.

Am Mittwoch fanden in allen Bezirken Wiens sozialdemokratische Volksversammlungen statt, in denen Abgeordnete über die politische Lage Österreichs und die Aufgaben der Arbeiterklasse sprachen. Abg. Renner erklärte unter stürmischem Beifall: Österreich kann vorläufig noch vegetieren, aber auf die Dauer nicht existieren. Unser Staat kann auch aus eigener Kraft auf die Dauer nicht regiert werden. Der Anschluß an Deutschland muß vollzogen oder aber ein Bund der vereinigten Staaten von Europa gebildet werden.

Kurze polit. Nachrichten.

Der Reichsrat nahm in seiner vom Reichsfinanzminister Hauser geleiteten Sitzung eine Vorlage an, durch die den Gemeinden für ihre Aufwendung zur Gewerbesteuererhebung in der Textilindustrie eine Reichsbeihilfe gewährt werden soll, ferner einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Weidewirtschaft, einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Getreideversorgung und einen Gesetzentwurf über die Beamtenräte.

Badische Ueberlicht.

* Badische Wochenrückblicke.

Das Landestheater in Karlsruhe.

Die Frage des Karlsruher Landestheaters hat dieser Tage den Haushaltsausschuß des Landtags beschäftigt. Wie aus einem Bericht unseres parlamentarischen Mitarbeiters hervorgeht, hat sich der Ausschuß sowohl mit der Finanzlage wie mit dem künstlerischen Stand des Instituts befaßt. Die Vertreter des Kultusministeriums konnten bei dieser Gelegenheit Auskünfte geben, die vom Ausschuß als befriedigend angesehen wurden. Im Interesse der von den notwendigen Abbaumassnahmen am schwersten in Mitleidenhaft gezogenen Künstler erklärte der Ausschuß sich dementsprechend mit einer Erhöhung der zu zahlenden Pensionen, die zurzeit nur rund 1000 M. pro Jahr betragen würden, einverstanden. Bei der Abstimmung über die Gewährung des erforderlichen Staatszuschusses von etwa 2 Millionen Mark stimmten zwar drei Ausschußmitglieder gegen die Position, während drei sich der Stimme enthielten; die

Mehrheit von insgesamt neun Mitgliedern war jedoch für den Zuschuß, der somit bewilligt war. Dieses Ergebnis berechtigt zu der Hoffnung, daß auch das Plenum des Landtags dem Beschluß des Ausschusses beitreten und daß damit der Fortbestand der alten Kulturstätte gesichert sein werde, für deren Erhaltung sich bekanntlich auch die Stadt Karlsruhe zu großen finanziellen Opfern entschlossen hat.

Das Ergebnis der Kinderhilfe in Baden.

Die mit Unterstützung der Regierung betriebene Sammlung für die deutsche Kinderhilfe hat in Baden, wie anfangs dieser Woche mitgeteilt werden konnte, mehr als 2 Millionen Mark eingebracht. Das ist ein Ergebnis, das in ansehnlicher Zahl unserer Landes immerhin als befriedigend bezeichnet werden darf, den Spenden sowohl der größeren wie der kleineren Gaben ebenso zur Ehre gereicht wie denen, die sich der wochenlangen, mühseligen Werbe- und Sammelarbeit unterzogen haben und auch dem Sceptiker beweist, daß selbst in dieser harten Zeit menschliche Teilnahme und Mitgefühl mit dem Leiden der Wehrlosen im Daseinskampfe noch immer nicht völlig verschunden sind. Freilich bedeutet auch diese große Summe nur eine kleine einmalige Hilfe, und es wird noch mancher Maßnahmen bedürfen, wenn das Elend der notleidenden Kinder mit nachhaltiger Wirkung bekämpft werden soll. Eine solche Maßnahme, durch die den unterernährten Stadtkindern die so dringende nötige Hilfe gebracht werden kann, besteht in der vermehrten Milchablieferung den Landwirte. Ein zweiter, indirekter Weg der Hilfe ist der, daß alle jene auf das Kampfen frischer Milch Verzicht leisten, die die Milchleihen haben, sich mit der fast überall erhältlichen Kondensierten oder sterilisierten Milch zu behelfen, die im Verbrauch nun unerschöpflicher ist als die durch die enormen Marktpreise noch veräuerte Milchhandelsmilch und vor dieser in vielen Fällen auch noch den großen Vorteil der Appetitlichkeit hat. Hier weist sich u. E. ein Weg, auf dem Stadt- und Landbevölkerung einmal zum Wohl der bedrohten heranwachsenden Generation einander in die Hand arbeiten könnten.

Inventurausverkäufe.

Bis haben die Woche der Inventurausverkäufe. Zum erstenmal seit langen Jahren zeigen Inverale und Ausschauender die alten Ladenden Zaubermittel, die besonders auf jedes praktische Hausfrauengemüt die bekannte lebendige Wirkung ausüben. Vor den Schaufenstern mit den reichfortierten Auslagen sammeln sich die Kaufstüßigen wie nur je in Friedenstag. Weniger dicht ist das Gedränge schon vor den Ladenfenstern selbst, und am wenigsten werden die Massen belagert, weil eben die Zahl der Käufer aus begründlichen Gründen doch nicht entfernt an jene früherer Zeiten heranreicht. Wer sich die Mühe macht, auf die verschiedenen Stimmen zu hören, die in diesen Ausverkaufslagen laut werden, kann feststellen, daß die sich unter einem Inventurausverkauf etwas ganz anderes vorstellen, noch unter den Geschäftleuten, die mit einer weit stärkeren Kaufkraft und demgemäß mit einem größeren Absatz gerechnet hatten. Nun: die Kaufkraft wäre schon vorhanden, sind doch wohl in den meisten Haushaltungen während der Kriegs- und Nachkriegsjahre selbst dringendste Anschaffungen auf bessere Zeiten verschoben worden. Wer sie wird durch die geforderten Preise ganz erheblich herabgedrückt. Für die Mehrzahl der Städter sind eben auch die "ganz bedeutend", z. T. unter den Einkaufspreisen herabgesetzt. Inventurausverkaufspreise unerschwinglich. Gewiß ist mancher Gegenstand wesentlich billiger als vor kurzem noch, doch handelt es sich dabei vielfach um sogenannte "Kriegsware" von geringerer Qualität, oder um Waren, an denen in Kürze ein Abverkauf zu erwarten ist, das ganz von selbst einen Preissturz herbeiführen wird, wie er im Ausland schon verschiedentlich eingetreten ist. Kaufen sich doch die Meldungen, die von einer Überproduktion an Industrieerzeugnissen, von einer riesenhaften Stapelung von Wolle, Baumwolle, Gummi usw., von Überfüllung der Warenlager und Senkung der Rohstoffpreise besonders in Amerika und England zu berichten wissen. Es ist somit begreiflich, wenn die Käufer auch heute noch auf die Anschaffung alles nur irgendwie Entbehrlichen verzichten und der Absicht der Handelswelt, das störende Geschäft um den Preis einer augenblicklichen, im Vergleich mit den Gewinnen der verflochtenen Jahre allerdings bescheidenen, Einbuße wieder in Fluß zu bringen, wenig Entgegenkommen bezugen. Im Publikum, wenigstens soweit es sich aus den Kreisen der auf festem Gehalt der Arbeitslohn Angelegenen zusammensetzt, deren Einkommen, sofern sie sich nicht etwa nebenamtlich dem Schiebertum verschrieben haben, mit der wachsenden Teuerung nicht im entferntesten Schritt hielt und die infolgedessen hochgradiger Verarmung anheimfielen, herrscht eben heute die Überzeugung, daß der Geschäftsmann unter Umständen auch ruhig einmal einen Verlust ertragen könnte, nachdem er jahrelang gute Gewinne eingekassiert habe. Wo diese letztere Voraussetzung zutrifft — und das ist in der Tat bei vielen Unternehmern der Fall (wir glauben z. B. kaum, daß viele Kaufleute in den Hauptgeschäftszentren unserer Großstädte sich berechnen würden, einer ad hoc zu bildenden Kommission Einzelne in ihre Jahresbilanz zu gewahren) — wird man dem nicht widersprechen können, daß selbstverständlich auf die Dauer nicht ein Stand auf Kosten der andern leben kann. Damit soll natürlich nicht etwa einem grundsätzlichen Käuferstreik das Wort geredet werden. Wer in der Lage ist, Notwendiges zu kaufen, mag es ruhig tun, wenn ihm der verlangte Preis einigermassen den Umständen angemessen erscheint. An einer völligen Stodung des Geschäftslebens hat auch der Konsument kein Interesse. Ein wohlvolles Zusammenlaufen alles Scheinbar Billigen aber, das allerdings vom Abel wäre, verbietet sich unter den augenblicklichen Umständen von selbst.

Der Konstanzer Zeitungsboykott

hat bekanntlich ein rasches Ende gefunden, da die Konstanzer Hoteliervereinigung unter dem Druck des Urteils der Obergerichtlichkeit ihren unbegründeten Beschluß bereits am Sonntag rückgängig gemacht hat. Daß sich dieses Urteil durchaus nicht einseitig auf die Presse beschränkte, darf die Lesere in ihrer Gesamtheit mit Genugtuung erfüllen. So hatte sich insbesondere auch der Vorstand des Vereins Städtischer Beamten in Konstanz in einer Zuschrift, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, auf die Seite der boykottierten Zeitung gestellt und, entschlossen, nötigenfalls die äußersten Konsequenzen zu ziehen, in der Angelegenheit mit verschiedenen leitenden Persönlichkeiten anderer Verbände Fühlung genommen, die seinem Standpunkte ebenfalls beitrugen und zu der erforderlichen Unterstützung bereit waren. Auch der Angestelltenausschuß eines Konstanzer industriellen Unternehmens hatte der "Konstanzer Zeitung" eine Erklärung übermittelt, in der das Vorgehen der Hoteliervereinigung aufs schärfste verurteilt wurde. Wir nehmen von diesen Äußerungen mit besonderer Befriedigung Notiz, weil sie von einer klaren und gerechten Auffassung des Rechtes der Presse auf Kritik und freie Meinungsäußerung zeugen, einer Auffassung, die hoffentlich in Wäde Gemeinart aller Kreise sein wird.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Die Eisenbahnüberwachungsbeamten beim Landespreisamt haben im Monat Dezember 1920 auf Eisenbahngelände angehalten und beschlagnahmt:

18 Wagen Brennholz, 1 Wagen Papierholz, 1 Wagen Obst, 1 Wagen Hafer, 1 Wagen Fischmehl und 1 Wagen Grünlern, zusammen 18 Wagen.

An Einzelsendungen wurden beschlagnahmt: 7461 kg Mehl, 7414 kg Weizen, 9185 kg verschiedenes Getreide, 3690 kg Hafer, 485 kg Grünlern, 383 kg Zucker und 228 kg Butter.

LPD. Pforzheim, 14. Jan. Wegen Handels mit deutschen Reichsgoldmünzen stand ein Karlsruher Kaufmann vor dem hiesigen Schöffengericht. Er hatte etwa 400 Stück zum Preise von 75 000 M. an einen Stahlgraveur in Pforzheim verkauft. Ein Teil dieser Münzen wurde von einem Dritten aufgekauft und wieder veräußert. Wegen Agiohandels mit Gold erhielt der Karlsruher Kaufmann 5000 M. Geldstrafe und der Pforzheimer Stahlgraveur der zinen Teil der Münzen gekauft und wieder veräußert hatte 2000 M. Geldstrafe, während der Stahlgraveur mit einer Geldstrafe von 500 M. davon kam.

LPD. Mannheim, 14. Jan. Die hiesige Kriminalpolizei befaßte sich augenblicklich mit einer Schleichhandelsangelegenheit mit kostbaren Arzneimitteln. In die Angelegenheit sind ein Apotheker und ein Betriebsbeamter einer großen Fabrik verwickelt. An Salvarsan, Kofain usw. wurde ein Wert von gegen 40 000 M. beschlagnahmt.

LPD. Mannheim, 14. Jan. Von Beamten des Landespreisesamtes, Zweigstelle Mannheim, wurde hier eine Ehefrau wegen Schleichhandels mit Butter festgenommen. 21 Pfund Butter wurden beschlagnahmt. In Zimmern (Amt Laubersbischhofheim) wurde eine Schleichhändlerin verhaftet, der 26 Pfund Butter abgenommen werden konnte. Ein Ingenieur wurde wegen unerlaubten Handels und Preistreiberei in Untersuchungshaft eingeliefert.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Die Badische Landwirtschaftskammer hat dieser Tage im Beisein mit den freien landwirtschaftlichen Organisationen Stellung zu der Frage der räumlichen Abgrenzung der Bezirkswirtschaftskräte genommen. Sie ist der Ansicht, daß größere Ländergebiete als territoriale Unterlage für die Bezirkswirtschaftskräte zusammengekommen werden müssen, sollen sie wirklich den ihnen zugeordneten, großen wirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden können. Demzufolge hat sich auch die Badische Landwirtschaftskammer in Übereinstimmung mit den landwirtschaftlichen Organisationen an maßgebender Stelle dafür ausgesprochen, daß die Länder Baden, Württemberg, Hohenzollern, Rheinpfalz und Hessen zu einem Bezirkswirtschaftskrat zusammengefaßt werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Reichsgründungsfeier. Zu der Abendfeier aus Anlaß der Reichsgründung wird uns mitgeteilt, daß die Plätze in der Festhalle in Karlsruhe sämtlich vergeben sind. Weitere Anmeldungen zur Teilnahme an den Feier sind deshalb zwecklos.

„Entführung in Autos.“

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: In den letzten Tagen gingen in der Stadt Gerüchte, die auch in der Presse Aufnahme fanden, wonach da und dort in Karlsruhe oder den benachbarten Randorten der Versuch gemacht worden sei, junge Burschen bis 14 Jahren mit Gewalt durch Autos zu entführen. Die in allen bisher bekannt gewordenen Fällen angestellten eingehenden Erhebungen haben die völlige Unhaltbarkeit dieser Gerüchte ergeben.

Auch die Meldung von der vermeintlichen Mädchenentführung ist stark übertrieben und im wesentlichen durch die Ermittlungen nicht bestätigt. Richtig ist, daß einige Mädchen in zwei Fällen durch Zufassen von Automobilen insofern belästigt wurden, als sie in zudringlicher Weise zum Mitfahren aufgefordert wurden. Von einem gewaltsamen Versuch, die Mädchen in das Auto zu schleppen und einer Entführung kann aber keine Rede sein. Es haben sich keine Beweise dafür ergeben, daß Ausländer an dieser Belästigung beteiligt waren. Da derartige für das Publikum unfotografierbare Gerüchte leicht geeignet sind, Beunruhigung hervorzurufen, empfiehlt es sich, stets sofort die nächste Polizeiwache zu verständigen, die dann für die nötige Aufklärung sorgen wird.

Na. Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Weiss Kreise des Volkes haben sich trotz aller Aufklärungsarbeit die furchtbare Gefahr, die unserm Volkstum durch die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten droht, noch lange nicht klar genug gemacht. Tatsächlich liegen die Verhältnisse heute so, daß jeder — auch bei einwandfreitem Lebenswandel — mehr oder weniger gefährdet ist, weil die Geschlechtskrankheiten in allen Volksschichten und damit auch die Ansteckungsmöglichkeiten durch den Krieg und seine Folgen außerordentlich zugenommen haben. Welchen Umfang diese Seuchen heute bereits angenommen haben, läßt sich zahlenmäßig nur schätzen. Jedenfalls übersteigt er aber alle landläufigen Vorstellungen. Um so mehr ist es Pflicht jedes Einzelnen, ganz besonders auch der Eltern, sich gründlich über die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgeerscheinungen, sowie über die Übertragungsmöglichkeiten zu unterrichten und für Aufklärung der heranwachsenden Jugend zu sorgen. Hierzu ist die am Sonntag, den 16. Januar 1921 zur Eröffnung gelangende Ausstellung in der Städtischen Ausstellungshalle, vom Deutschen Hygiene-Museum Dresden und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet, hervorragend geeignet. Wir möchten hier die Aufmerksamkeit vor allem auf die Darstellungen der mannigfachen Ansteckungsmöglichkeiten mit Syphilis lenken. Sie lehren eindringlich genug, wie nahe oft die Gefahr im täglichen Leben an dem Einzelnen herantritt und wie notwendig es ist, Bescheid zu wissen und Vorsicht zu üben. Man muß sich Ruhe und Zeit nehmen und am besten mehrmals hingehen, um den reichen Inhalt der Ausstellung ganz zu verarbeiten und sich einzuprägen.

Na. Die Milchzufuhren nach der Stadt Karlsruhe haben sich erfreulicherweise etwas gebessert. Es konnten in der Woche vom 2.—8. Januar ds. J. alle Versorgungsberechtigten der Reihe A und B mit der zuständigen Milchmenge beliefert werden. Nur am Mittwoch, den 5. ds. Mts. ist die Belieferung der Kunden in Reihe B in einigen Bezirken im Vororte Mühlburg und der Weststadt ausgefallen. An der Zunahme der Milchmenge sind alle Lieferbezirke gleichmäßig beteiligt mit Ausnahme des Bezirkes Karlsruhe-Land. Die Milchmengen aus diesem Bezirke sind überaus schlecht. Wenn die in Betracht kommenden Gemeinden auch nur einigermaßen ihre Lieferpflicht erfüllen würden, könnten alle Versorgungsberechtigten regelmäßig mit Milch versorgt werden.

